

Hunger in den Kommunen

Kurt Bauer Vapen seinen „Kantlandsbesuch“ bei der sächsischen Regierung durchführte, hat der reaktionäre Ministerpräsident Schick der Reichsregierung eine Denkschrift zugeworfen. In dieser Denkschrift wird die besonders katastrophale Arbeitslosigkeit in Sachsen, die prozentual seit Jahren die höchste von ganz Deutschland ist, hervorgehoben. Die Ursache der großen Erwerbslosigkeit in Sachsen liegt begründet in der Halbstarbigenindustrie; Sachsen ist also ein ausgeprägtes Ausfuhrland. Die Kontingentierungspolitik Vapens muß sich also in Sachsen am katastrophalsten auswirken und die Finanzlage des Landes und damit vor allem die der Gemeinden, wird dadurch sprunghaft verschlechtert. Schick gibt in seinen Klarlegungen zu, daß Sachsen die härtesten Sparmaßnahmen durchgeführt hat und betont gleichzeitig diese Maßnahmen für die kommenden Monate noch zu verschärfen. Die Gesamtschulden Sachsens betragen Ende des Rechnungsjahres 1929 rund 282 Millionen Mark, dabei Ende Oktober 1932 rund 300 Millionen Mark. Besonders bedenklich, so schreibt Schick weiter, ist die Höhe der kurzfristigen Verschuldung.

Wir haben als Kommunisten, als die Brünning-Notverordnung, die von den Sozialdemokraten toleriert wurde, und sich „Notverordnung zur Sicherung der Finanzen“ nannte, vorausgesetzt, daß diese ungeheuerliche Steuerdiktatur, die auf die Gemeinden abgewälzt wurde, die Zerrüttung und den Bankrott der Kommunen beugt.

Schick schreibt dazu folgendes: Die Folgen der erschreckenden Verschlechterung an Gemeindefinanz durch die Notverordnung waren eine völlige Zerrüttung der gemeinlichen Haushalte- und Kassen-

Ein typisches Beispiel sozialdemokratischer Verratspolitik

Was die SPD unter „Arbeitermehrheit“ in den Gemeinden versteht

Um ihre Wahlüberlege zu verschleiern, schreibt die SPD am Tage nach der Kommunalwahl, die Arbeiterschaft in Sachsen habe keine Verluste, im Gegenteil, in einem ganzen Teil Gemeinden sind „marxistische Mehrheiten“ entstanden. Sie wollen durch diese Schreibweise zum Ausdruck bringen, daß Kommunisten und Sozialdemokraten in einer ganzen Reihe Kommunen die absolute Mehrheit haben. Für uns als Kommunisten gibt es keine Streitfrage darüber, was eine Arbeitermehrheit in einer Gemeinde zu bedeuten hat. Die Sozialdemokraten sind eine kleinbürgerliche Partei im Lager der Arbeiterklasse, eine Partei, die sich auf den Boden des kapitalistischen Staates stellt, muß mit den kapitalistischen Machthabern durch die und dünn gehen. Der Zweck dieser demagogischen Feststellungen seitens der SPD ist im Zusammenhang zu bringen mit ihrer allgemeinen Politik, die sie der Arbeiterschaft gegenüber zu verteidigen versuchen. Sie wollen in den Arbeiterhirnen Misstrauen erwecken, als wenn sie eine Arbeiterpartei wären und die Interessen der Arbeiterschaft in den Kommunen vertreten würden. Ein Beispiel, wie die Sozialdemokraten Politik treiben in den Kommunen, wo eine sogenannte „marxistische Mehrheit“ besteht, ist Weichen. Dort hatten die Kommunisten und die Sozialdemokraten die absolute Mehrheit. Was hat die SPD in dieser Stadt für eine „Arbeiterpolitik“ getrieben? Lassen wir die Zahlen sprechen, die im Haushaltsplan der Stadt mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen wurden:

Im Jahre 1931 wurden für Gesundheits- und Krankenkursorge 165 560 Mark eingesetzt, 1932 92 275 Mark. Das ist ein Abbau der Gesundheits- und der Krankenkursorge von rund 71 000 Mark. Für Krankenhauskosten für Schwangere und Wöchnerinnen wurden 1931 500 Mark eingesetzt, 1932 200 Mark, also 300 Mark Abbau. Für Stillgeld und -prämien 1931 2800 Mark, 1932 1000 Mark, Abbau 1800 Mark.

Für Unterbringungskosten von Arbeiterkindern in Kindererholungsheimen 1931 15 000 Mark, im Jahre 1932 nur 2000 Mark, also beträgt der Abbau hier 13 000 Mark.

Für Kindererspaltungen wurden 4000 Mark abgebaut und im Jahre 1932 nur 500 Mark eingesetzt.

In der Krüppelkürsorge betrug der Abbau 2000 Mark, im Etat 1932 wurden dafür nur 1800 Mark eingesetzt.

Für Tuberkulosefürsorge ziehen wir einen Vergleich aus den vergangenen drei Jahren: im Jahre 1930 war das Rechnungsergebnis für die Ausgaben 24 476 Mark, 1931 wurden 17 000 Mark und 1932 nur 2000 Mark bewilligt!

Wir könnten den Abbau der sozialen Belange der Arbeiterschaft in der Stadt Weichen noch erweitern. Fast hat, daß die Sozialdemokraten diesen Haushalt befürworteten, im Stadtrat an dem Ausbau dieses Haushalts praktische Vorschläge gemacht haben und so etwas nennen die Herren von der Sozialdemokratischen Partei: Interessenspolitik für die Arbeiterschaft! Mit einem Federstrich wurden allein zehntausende von Mark aus dem Etat gestrichen, die für die Ärmsten der Armen dieser Stadt eingepflegt waren.

Die Gemeinde ist eine Zelle des Staates und die Staatspolitik spiegelt sich wider in den einzelnen Kommunen. Die Sozialdemokraten tolerierten die ganzen Notverordnungen Brüning's, die die Selbstverwaltung der Kommunen beseitigten. Wenn man aber im Reich diese Zustimmungen macht, dann ist man als Partei gezwungen, auch dafür zu sorgen, daß diese Beschlüsse in den Kommunen realisiert werden. Hier zeigt es sich an einem praktischen Beispiel aus einer größeren sächsischen Kommune, wie die Sozialdemokraten dort, wo sogenannte rote „Mehrheiten“ bestehen, nach ihrer Auffassung zu arbeiten gedenken.

Können wir als revolutionäre Arbeiter und Marxisten diese Scheinpolitik der SPD beden? Nein, tausendmal nein! Wir sind und bleiben Gegner des kapitalistischen Systems. Wir können es als Arbeitervertreter ab, eine Politik zu treiben, die zur Behauptung des Kapitalismus dient. Wir wollen den Sturz des Kapitalismus und realisieren diesen anderen Standpunkt in den kleinen Zellen dieses Staates. Arbeitermehrheit in den Kommunen heißt also: Mehrheit der Kommunisten in den Gemeinden oder Mehrheit der Arbeiter und armen Bauern, die sich offen zum Kommunismus bekennen.



Das ist die kapitalistische Wohlfahrt

resultierte. Viele Gemeinden sind mit der Zahlung der Beamtengehälter bis zu sechs Monaten im Rückstand (im Bezirksverband Landau z. B. 61 Prozent aller Bezirksamte).

Interessant ist weiter das Einkommensniveau, das obwohl die Kurve mehrfach herabgezogen worden sind und kaum noch der Lebensbedürfnis gedeckt werden kann, auch die geringen Lohnsummen in einigen Gemeinden nur verzipelt gezahlt werden können.

In den einzelnen Sitzungen der Bezirksverbände Sachsens werden hunderte von Gemeinden genannt, die die Steuer an Land und Reich einfach nicht abgeführt haben, weil man sonst den Kürzungen hätte kein Geld auszahlen können. Jetzt geht das Reich dazu über, den Bürgermeistern mit schmerzhaften Strafen zu drohen, wenn sie diese Politik fortsetzen würden. Man legt die Gemeinden Staatskommissare ein, die verlassen sollen, wenn die Bürgermeister eingekerkert werden und die Zahlungsansprüche der Erwerbslosen noch mehr herabzulegen, damit der Gemeindehaushalt „finanziell saniert“ werden soll. Die Bürgermeister wird bis zum zwanzigsten ihres Grundbesitzes enteignet. In den großen Kommunen Leipzig, Dresden, Chemnitz wurden 600 und 700 Prozent Bürgersteuer diktorisch eingeführt.

Die Verteilung der katastrophalen Finanzlage der Gemeinden in Sachsen ist ein Alarmzeichen an die sächsische werktätige Bevölkerung. Jeder dritte Arbeitnehmer in Sachsen ist erwerbslos, zehntausende sind Rentempfangler, zehntausende sind statisch nicht versichert, weil sie keine Unterstützung nach den Notverordnungen mehr bekommen. Die Gemeinden sind bankrott, das Reich und das Land können keine Zuschüsse mehr gewähren, die Arbeiter und Kleinrentempfänger, die noch im Produktionsprozess stehen, die Arbeitslosen von Kurzarbeitern sollen durch ungeheure Steuerbefreiungen die bankrotte kapitalistische Finanzpolitik sanieren. Der Winter steht vor der Tür, keine Kohlen sind in den Kellern, keine ganzen Schuhe an den Füßen, keine Kleidung für die Kinder und die Ausstattung dieser letzten Hungerunterstützung ist in Frage gestellt. Städtische Angestellte und Beamte bekommen kein Geld. Wir haben in Sachsen, wie im ganzen Reich, vor dem Hungerwinter, wie er noch nicht war!

Die Kommunalwahlen haben einen Voranschritt der revolutionären Arbeiter gezeigt, hunderte tausende haben ein Bewusstsein für den revolutionären Klassenkampf abgelegt. Es gilt, gegen die katastrophale Finanzpolitik der Bourgeoisie den Klassenkampf der Arbeiter zu organisieren.

Die Scheunen sind gefüllt, die Speicher und Warenlager sind überfüllt mit Kleidungsstücken, Hunderttausende von Zentnern Kohle liegen in Sachsen auf Vorrat.

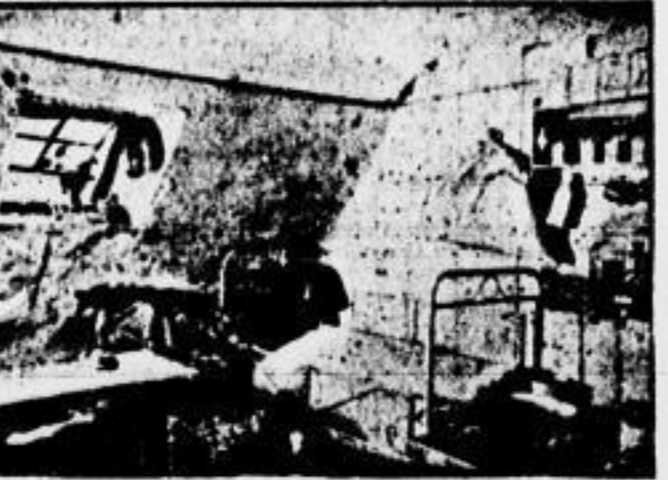
Erwerbslose und Betriebsarbeiter, sozialdemokratische und nationalsozialistische Arbeiter, wollt ihr wissen, daß das Korn verfault, während ihr hungert? Wollt ihr wissen, daß die Kleider vermodern, während ihr nichts auf dem Felde und an den Füßen habt? Wollt ihr es wissen, daß die Kohlen verrotten und ihr in euren Wohnungen mit eurer Familie friert? Nein, tausendmal nein!

Schließt die Einheitsfront aller Hungernden gegen die Willkürmaßnahmen der Bourgeoisie und ihre Trabanten in den Kommunen und im Land! Kämpft für ein sozialdemokratisches Partei! Nur im Kampf könnt ihr eure Lebenslage verbessern!

SPD und „freiwilliger Arbeitsdienst“ in Sachsen

Jungarbeiter kämpfen gegen faschistische Maßnahmen in Arbeitsdienstlagern — 3 Mark Wochenlohn und rohe Nöhren bei 48 stündiger Arbeitszeit

Wer sagt und fesselt den Kapitalismus sein will, wie es die SPD auf ihrem letzten Reichsparteitag in Leipzig festgelegt hat, der muß mit allen kapitalistischen Einrichtungen Hand in Hand arbeiten und die brutalsten Ausbeutermassnahmen gegen die Arbeiterschaft unterstützen. Die SPD unterstützt und propagiert, und mit ihr alle reformistischen Organisationen, den freiwilligen Arbeitsdienst. Dadurch ist den Kommunen im kapitalistischen System die Möglichkeit gegeben, Arbeitskräfte zum Ausbau der Straßen und Urbanisierung großer Landflächen für ein Spottgeld zu bekommen. Die Sozialdemokraten entpuppen sich hier sogar als die übelsten Treiber



Großanna. Während

dieser Methoden. Erst vor kurzem konnten wir aus Weitzen berichten, daß der sozialdemokratische Bürgermeister Soel erwerbslose Jungarbeiter zum Arbeitsdienst heranzog und als sie sich weigerten unter dieser Kratte zu arbeiten, ihnen auf Wochen die Unterstützung berrren ließ.

Die Arbeitsdienstfreiwilligen werden in Sachsen mit 21 000 angezogen, und zwar:

- Arbeitsamtsbezirk Leipzig . . . 2644
- Arbeitsamtsbezirk Dresden . . . 1801
- Arbeitsamtsbezirk Chemnitz . . . 1806

Der übrige Teil ist in kleineren Bezirken untergebracht.

Die in den Arbeitsdienstlagern Beschäftigten benutzt man als Rohmaterial gegen die übrige Arbeiterschaft. In Städte Arbeiter aus den Kommunen einzustellen, hilft man einfach Arbeitsdienstpflicht. Arbeiter, die vor dem in dem Gemeindebetrieb zum Straßenbau beschäftigt waren, werden auf die Straße geschmissen und harte Arbeitskräfte eingestellt, denen man in der Woche das zahlt, was die tariflich bezahlten Arbeiter an einem Tage verdient haben.

In Weitzen bei Leipzig wurde zur Halierung von Straßen und Entschärfung des Müllschlammes der freiwillige Arbeitsdienst eingesetzt. Die neu erworbenen angenommenen Arbeitskräfte liegen in einem Nebengebäude des Rittergutes und bekommen bei 48 Stunden Arbeitszeit 2—3 Mark wöchentlich. Allerdings werden ihnen verschiedene Nachschubmittel im selben Gebäude geliefert. Wie 10 FL. Woch am Tage, rohe Kartoffeln, Wöhren und Kraut. Das ist sozialdemokratischer Arbeitsdienst!

Arbeitsdienst?

Allerdings beginnen die Jungarbeiter und Arbeiter in den Arbeitsdienstlagern bereits zu murren. Kämpfe wurden geführt zur Besserung ihrer Lebenslage in einem ganzen Teil sächsischer Gemeinden. Dort, wo man mit besonderer scharflicher Brutalität gegen Jungarbeiter vorging, kam es zur offenen Revolte. In der Nähe von Weitzen wurde ein ganzes Lager von den empörten Jungarbeitern demoliert. Es wird Pflicht der revolutionären Arbeiter sein, überall dort, wo die Jungarbeiter in den Arbeitsdienstlagern untergebracht sind, die Kämpfe um tarifliche Bezahlung zu organisieren und auszuführen. Die SPD leistet dem Faschismus auf jedem Gebiet Vorstoß. Die Arbeiterschaft hat aber bereits erkannt, wohin diese schändliche Mache führt. Und gerade dort, wo die Sozialdemokraten ihre Arbeitsdienstlager eingestellt haben, haben sie bei den Reichstags- und Kommunalwahlen eine empfindliche Schlappe erlitten.



diese Häuser leer dastehen

Hinein in die rote Einheitsfront! Kämpft gegen Hunger und Faschismus!